

C. Sachanträge zu anderen Themen

C. 8 Zum Umgang mit rechten Parteien in Parlamenten!

Einreicher: Stefan Hartman (SV Leipzig), Rico Gebhardt (KV Erzgebirge)

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen empfiehlt den durch DIE LINKE nominierten
2 MandatsträgerInnen in Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften folgenden
3 Umgang mit rechten Parteien, Bündnissen bzw. ihren VertreterInnen und ihrem Handeln:
4
 - 5 1. Die durch DIE LINKE aufgestellten Abgeordneten in Parlamenten und kommunalen
6 Vertretungen stimmen Anträgen rechter Parteien, Bündnisse bzw. ihrer VertreterInnen
7 nicht zu.
8
 - 9 2. Kooperationen, Absprachen oder Gespräche jenseits des parlamentarisch Notwendigen
10 sind ausgeschlossen, die VertreterInnen der LINKEN werben für diese Position bei den
11 anderen demokratischen Parteien.
12
 - 13 3. Es wird angestrebt, mit den anderen demokratischen Parteien gemeinsame
14 Verfahrensweisen festzulegen, die es den Rechten erschweren, die Tagungen der
15 kommunalen Vertretungskörperschaften bzw. Parlamente zur Propagierung ihrer
16 Vorstellungen zu nutzen. Jedoch sollten die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung
17 nicht auf Grund der Präsenz rechter Parteien oder Bündnisse verändert werden.
18
 - 19 4. Bei Anträgen rechter Parteien, Bündnisse bzw. ihrer VertreterInnen sollte zwischen den
20 demokratischen Parteien und Wählerbündnissen vereinbart werden, diese ausdrücklich
21 politisch begründet zurückzuweisen. Trotz aller politischen Unterschiede soll sich dabei
22 nur mit den Rechten-Anträgen auseinandergesetzt werden.
23
 - 24 5. Die Fraktionen der LINKEN erarbeiten Strategien zur Auseinandersetzung mit den
25 rechten Parteien und deren VertreterInnen in den Gemeinden und Kreisen und
26 kooperieren dabei mit zivilgesellschaftlichen Institutionen bzw. antifaschistischen
27 Gruppen und Organisationen.
28
 - 29 6. Die Mitglieder der LINKEN in den kommunalen Vertretungskörperschaften treten aktiv
30 gegen Aktionen oder Aufmärsche der NPD und anderer rechter Gruppierungen auf und
31 unterstützen Gruppen, Organisationen bzw. Personen, die öffentlich dagegen
32 protestieren.
33
 - 34 7. Erklärungen, die in kommunalen Vertretungskörperschaften gegen Aktionen oder
35 Aufmärsche der NPD und anderer rechter Gruppierungen beschlossen werden, sollten
36 keine Gleichsetzung von linken und rechten Extremisten enthalten. Auch die allgemein
37 gehaltene Formulierung von Extremismus sollte vermieden werden.
-

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____